

Antrag an das 32. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller*innen: Referent*innenRat

Datum: 10.01.2025

Nr. und Datum der Sitzung: Sitzung Nr. 3, 28.01.2025

Tagesordnungspunkt und Beschluss-Nr.: 5.4 SP-32/17F

I. Antragsgegenstand

Finanzielle Unterstützung einer Großdemonstration gegen den Haushaltskürzungen des Berliner Senats.

II. Beschlussentwurf

- 1. Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin stellt dem Referent*innenRat finanzielle Mittel i.H.v. max. 5.000 € zur Unterstützung einer Großdemonstration gegen den Haushaltskürzungen des Berliner Senats, an dessen Organisation auch der Referent*innenRat beteiligt ist, zur Verfügung.**
- 2. Das Studierendenparlament begrüßt die Beteiligung des ReferentinnenRats an der Demonstration und dessen Organisation und macht sich die durch den Referent*innenRat geübte Kritik an den beschlossenen Haushaltskürzungen zueigen.**
- 3. Umsetzung de Beschlusses**
Mit der weiteren Umsetzung des Beschlusses beauftragt es den Referent*innenRat.

III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung beantragter Mittel

Max. 5.000 € zur Unterstützung und Organisation einer Demonstration gegen die Haushaltskürzungen des Berliner Senats.

IV. Begründung

Im diesjährigen Landeshaushalt will der Berliner Senat Milliarden sparen. Dies hat das Abgeordnetenhaus am 19.12.2024 beschlossen.

Von diesen Kürzungen sind auch wir als Studierende betroffen. Insgesamt sollen im Wissenschafts-Etat 250 Millionen Euro eingespart werden. Diese Sparmaßnahmen sind ein Angriff auf den Wissenschaftsstandort Berlin, sowie auch ein gezielter Angriff auf uns Studierende! Die Folgen dieser Kürzungen sind für uns katastrophal.

Dem Studierendenwerk sollen ein Drittel der bereits eingeplanten Mittel gestrichen werden. Das bedeutet für uns ganz konkret: der Sozialbeitrag steigt im kommenden Semester um 22 €, von 63 € auf 85 €. Außerdem wird das Mensaessen teurer, das Tagesgericht kostet statt 1,45 € jetzt schon 1,75 €. Drei Mensa-Standorte in Berlin wurden bereits geschlossen, darunter der Backshop in der Spandauer Str. an der HU. Das Studierendenwerk hat aber bereits jetzt schon angekündigt, dass dies nicht ausreichen wird und es nicht bei "nur" drei Schließungen bleiben kann. Auch bei den zahlreichen kostenlosen Beratungsangeboten des Studierendenwerks wird es wohl zu Kürzungen kommen, ebenso sind die durch das Studierendenwerk betriebenen Wohnheime langfristig gefährdet, wenn der Berliner Senat weiterhin an seiner Sparpolitik festhält.

Auch die Berliner Unis selbst müssen noch mehr sparen. Aus den noch laufenden Hochschulverträgen sollen 122 Mio. Euro weniger gezahlt werden. Dies hat für uns vor allem eins zur Folge: Die Lehre wird schlechter.

Dringend notwendige Sanierungsarbeiten an Hochschulgebäuden werden weiterhin aufgeschoben, was noch weniger Räume für Lehrveranstaltungen, zum Lernen oder für anderweitige Veranstaltungen zur Folge hat. Befristete Stellen an Universitäten werden nicht verlängert und Lehrstellen gestrichen. So werden Studiengänge langfristig aufgelöst oder zusammengelegt.

Aber auch die allgemeinen Studienbedingungen werden durch weniger Lehrpersonal, mehr Studis in Seminaren, auseinanderfallende Gebäude und ein geringeres Studienangebot für uns verschlechtert und das Studieren für uns so anstrengender.

Am 19.12.2024 haben wir als Studierendenschaft der HU bereits mit Gewerkschaften, der LKRP und vielen anderen Akteur*innen mit über 3.000 Menschen vor dem Berliner AGH demonstriert. Jetzt heißt es weiter kämpfen! Wir als

Studierende dürfen uns die Sparpolitik der Schwarz-Roten-Koalition nicht gefallen lassen.

Deshalb sind wir als RefRat Gerade dabei, uns u.a. mit anderen Studierendenschaften sowie Gewerkschaften weiter zu vernetzen und gemeinsam eine Großdemonstration zu organisieren. An den mit der Organisation anfallenden Kosten möchten wir uns anteilig beteiligen, Da es jetzt wichtiger denn je ist, dass alle mit anpacken und unterstützen - damit wir weiterhin gut und gerne in Berlin und an der HU studieren können. Denn geht es noch dem Berliner Senat, soll es nicht bei den bisherigen Kürzungen bleiben - auch für 2026 sind weitere Sparmaßnahmen geplant. Dies müssen wir unbedingt verhindern!

V. Kontaktmöglichkeit zur*zum Antragsteller*in

Mail: refrat@refrat.hu-berlin.de

Tel.: 030 2093 46662